



REFERAT VON CHRISTIAN LEVRAT, PRÄSIDENT SP SCHWEIZ DISCOURS DE CHRISTIAN LEVRAT, PRÉSIDENT DU PS SUISSE

*Es gilt das gesprochene Wort.
Seules les paroles prononcées font foi*

Noch vor einer Woche habe ich mich gefragt, was ich euch heute erzählen würde. Denn über die Bedeutung der nationalen Wahlen habe ich schon zweimal ausführlich gesprochen. Ich habe betont, wie unglaublich wichtig es ist, im Herbst die rechte Mehrheit von SVP und FDP im Nationalrat zu brechen. Eine Mehrheit deren Bilanz äusserst mager ausfällt: Klima, Gesundheit, Steuern, Europa – keine der notwendigen Reformen wurde angepackt. Ich habe mich gefragt, was ich euch Neues erzählen kann, das ihr noch nicht gehört habt.

Nun, ich habe mich getäuscht. Die Aktualität hat uns eingeholt. Und um euch die Wahrheit zu sagen: ich bin sehr glücklich, dass wir nach dieser turbulenten Woche heute hier in Goldau sind, um gemeinsam Bilanz zu ziehen. Beginnen wir mit der SP selbst. Ich werde nicht über den Parteiwechsel von Chantal Galladé sprechen und die Kaskade von Medienkommentaren, die uns offensichtlich nicht alle wohlgesonnen sind. Da wir weder Form, Timing noch den Inhalt dieser Geschichte zu ändern vermögen, können wir sie getrost ad acta legen.

Aber diese Geschichte gibt uns die Gelegenheit, uns einige Fragen zu stellen und diese mit Ernsthaftigkeit zu beantworten. Über die Meinungsvielfalt innerhalb unserer Partei und nicht zuletzt über unsere europapolitische Haltung.

Ist die SP so stur und starr, wie die Medien sagen? Natürlich teilen wir gemeinsame Überzeugungen: Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Gleichberechtigung und Freiheit sind die Werte, die wir teilen. Natürlich ist eine riesige Mehrheit von uns der Meinung, dass wir eine Gesellschaft verteidigen müssen, in der niemand zurückgelassen wird, in der jede und jeder eine zweite Chance verdient; eine Gesellschaft, deren Entwicklung vom Wohlergehen ihrer schwächsten Mitglieder abhängt. Sogar in den heikleren Fragen – und darauf werde ich zurückkommen – sind wir uns einig: Wir wollen eine starke europäische Integration und wir setzen uns im selben Mass für die Stärkung des Lohnschutzes ein.

Wir haben eine gemeinsame, starke, betont linke und lebendige politische Basis, die in der Geschichte unseres Landes fest verankert ist. Sie geht zurück auf die republikanische Verfassung von 1848, den Generalstreik, die Entwicklung des Sozialstaats, den Kampf für die Gleichstellung von Frau und Mann. Aber wir leben diese Einheit vor dem Hintergrund aller linken Schattierungen. Im Gegensatz zu unseren europäischen Schwesterparteien haben wir den Anspruch, die Linke in ihrer ganzen Vielfalt zu verkörpern. Ziehen wir den Vergleich mit Frankreich: Egal ob Melenchon-Fans, Macron-Anhänger oder Hollandisten, in der SP Schweiz finden alle ihren Platz.

Nein, meine Freunde, ich bin ganz und gar nicht der Meinung, dass die SP nachgeben muss. Wir müssen und dürfen und nicht entscheiden zwischen «Bobos» und «Prolos», wie es auf Französisch heisst. Oder zwischen «Realos» und «Fundis», wie es die Deutschen tun. Weder die Medien noch persönliche Karrierepläne können uns spalten. Wir lassen nicht zu, dass die Gräben ausheben, wo keine sind, oder uns eine gesunde Streitkultur absprechen. Man nenne mir eine Schweizer Partei, die diese Debatten leidenschaftlicher führt als die SP! Man nenne mir eine europäische Linkspartei, die breiter, integrativer und repräsentativer für die Linken in all ihrer Vielfalt ist als die SP! Ich werde alles tun, um genau diese Vielfalt zu bewahren – darum danke ich all jenen, die sie pflegen, von Daniel Jositsch bis Cédric Wermuth, von Pascale Bruderer bis Mathias Reynard. Sie alle sind uneingeschränkt Botschafterinnen und Botschafter unserer Partei. Gemeinsam werden wir kämpfen, gemeinsam werden wir gewinnen.

Wir können trotzdem nicht abstreiten, dass uns die Europafrage seit mehreren Monaten beschäftigt. Eine überzeugende Antwort zu finden, fällt niemandem leicht – weder uns, noch jeder anderen Partei, die die Frage faktenbasiert angehen will und nicht auf der Grundlage einer künstlichen Ideologie oder purer Wahlkampfaktik.

Auf dem Papier ist unsere Position glasklar: Europapolitik ist Aussenpolitik, und ein Grundprinzip der Aussenpolitik ist, dass sie langfristig angelegt und konsequent verfolgt werden muss. Die SP verfolgt seit Jahrzehnten eine kohärente und positive EU-Politik: Ja zu Europa, Ja zum Lohnschutz. Dank dieser kohärenten Haltung haben wir eine EU-kompatible Umsetzung der SVP-Einwanderungsinitiative gefunden und wir haben mit der AHV-Steuvorlage einen Kompromiss zur Beilegung des Steuerstreits mit der EU ausgearbeitet. Jetzt suchen wir eine Lösung, wie wir den Lohnschutz mit dem Rahmenabkommen in Einklang bringen können.

Die SP war immer die Partei der Öffnung und des Friedens und wird es auch bleiben. Genau darum haben wir in der Europafrage eine besondere Verantwortung: eine mehrheitsfähige Lösung zu finden, die den Arbeitenden einen ausreichenden sozialen Schutz gewährleistet und es uns ermöglicht, unser Arbeitsrecht weiterzuentwickeln und unseren Service public zu stärken. Dies ist der Preis für eine kohärente, nachhaltige und von der Bevölkerung getragene Europapolitik. Andere können sich kurzfristiges Politikmarketing erlauben. Wir nicht. Unsere Rolle ist wichtiger, seriöser und darf sich nicht auf wenige grundsätzliche Positionen beschränken.

Ja, die FDP mag plötzlich bei sich selbst eine europäische Leidenschaft entdeckt haben. Sie mag auch den Lohnschutz lächerlich machen – sie hat diesen stets bekämpft, jede Konzession musste ihr während Jahrzehnten abgerungen werden. Unseren Unternehmen den Zugang zum europäischen Markt zu garantieren und sich gleichzeitig die Folgen für die Bevölkerung zu ignorieren, ist verantwortungslos. Im besten Fall ist es Politmarketing, im schlimmsten Fall Zynismus. Die FDP ändert ihre Meinung alle paar Monate. Das entbehrt nicht einer gewissen Logik, denn ihre Bundesräte haben den ganzen Schlamassel verursacht.

Aber im Grundsatz sind wir uns mit der FDP – und wohl auch mit der CVP – einig: Wir wollen ein Rahmenabkommen. Aber dafür brauchen wir mehr Zeit und eine seriösere Arbeit des Bundesrates. Was dieser vorgelegt hat, ist kein fertig ausgehandelter Vertrag. Der Lohnschutz sei nicht verhandelt worden, hat Aussenminister Ignazio Cassis mehrfach erklärt. Über die

Unionsbürgerrichtlinie hat man nicht verhandelt. Über die staatlichen Beihilfen wurde nicht verhandelt. Was der Bundesrat abgeliefert hat, ist eine Zumutung. Für den EWR hatten wir ein ganzes Buch mit Analysen und Folgeabschätzungen erhalten, jetzt sind es 30 Seiten. Wie soll man auf dieser dünnen Basis einen Entscheid fällen?

Was nach diesen Konsultationen klar sein sollte, ist, dass in mehreren Bereichen noch erheblicher Klärungsbedarf besteht: Unionsbürgerrichtlinie, staatliche Beihilfen, Lohnschutz. Man wird mit der EU Gespräche führen müssen. Und auch intern sind mit den Kantonen oder den Sozialpartnern wichtige Fragen zu erörtern.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, die Diskussion über das Rahmenabkommen ist vor allem theoretisch. In der nahen Zukunft stellen sich uns drei für unsere Beziehungen zur EU ganz praktische Fragen: Zuerst die Abstimmung nächstes Jahr über die Kündigungsinitiative der SVP, die die Personenfreizügigkeit beenden will. Dass die Initiative in den Überlegungen unserer politischen Gegner – und auch der Medien – nicht vorkommt, muss uns zu denken geben. Lasst es mich deutlich sagen, insbesondere an die Adresse der FDP und der CVP: Nehmt diese Initiative nicht auf die leichte Schulter.

Dann die Abstimmung vom 19. Mai zu Schengen, zur Waffenrichtlinie. Diese Abstimmung ist gewiss emotional und betrifft unsere tägliche Sicherheit sowie gewisse Traditionen unseres Landes. Sie betrifft aber vor allem Europa. Wir entscheiden, ob wir an Schengen festhalten wollen oder nicht. Diese Abstimmung ist wegweisend, und ich bin besorgt über die Passivität der erklärten Pro-Europäer seitens der FDP. Wie die Grünliberalen scheinen sie es vorzuziehen, die theoretischen Vorzüge des institutionellen Abkommens zu erörtern, statt ganz praktisch ihren Freunden – den Offizieren, Schützen, Jägern und anderen Waffensammlern – zu erklären, wie wichtig die Integration der Schweiz in das europäische Sicherheitsnetz ist.

Und schliesslich stimmen wir am 19. Mai auch über die STAF ab. Mit der Abschaffung der Sonderregime, welche wir unseren Unternehmen gewähren, bringen wir uns in Einklang mit den europäischen Steuervorschriften. Bei einem Nein zur Reform werden wir uns innert Wochen auf den schwarzen Listen von EU und OECD wiederfinden. Und die Folgen für unsere Wirtschaft werden ein Vielfaches dessen betragen, was durch eine Verzögerung von einigen Monaten bei der Unterzeichnung des Rahmenabkommens verursacht wird. Und auch hier lässt die FDP-Kampagne auf sich warten. Und die Grünliberalen als seit kurzem selbsternannte Proeuropäer der Schweizer Politik lehnen die STAF sogar klar ab. Es ist offensichtlich einfacher, in der Theorie proeuropäisch zu sein als in der Praxis.

Genossinnen und Genossen, ich war letzte Woche im Europäischen Parlament in Brüssel. Die Abgeordneten, die ich getroffen habe, sprachen natürlich die bilateralen Beziehungen an. Sie zeigten sich höflich interessiert an unseren Überlegungen zum Rahmenabkommen. Richtig erstaunt waren sie aber zu hören, dass die Steuerreform erneut auf unbestimmte Zeit verschoben werden könnte. Und bestürzt über die Aussicht auf ein Ausscheiden der Schweiz aus dem durch Schengen und Dublin gebotenen gemeinsamen Sicherheitsraum. Darum sage ich: Die Grünliberalen sind offensichtlich Sonntagseuropäer. Im Abstrakten immer Ja, im Konkreten dann dagegen. Kohärente Politik sieht anders aus.

Ich möchte noch einmal betonen, wie wichtig die STAF-Abstimmung ist. An unserer DV in Olten im vergangenen September haben wir engagiert und ernsthaft darüber diskutiert. Wir

haben mit sehr grosser Mehrheit beschlossen, diese Reform zu unterstützen. Und das ist richtig so.

Die zusätzlichen 2 Milliarden Franken jährlich für die AHV ermöglichen es uns, unser Rentensystem zumindest mittelfristig durch zusätzliche Einnahmen zu verbessern. Wir sind das einzige Industrieland, das dies ohne Leistungskürzungen schaffen kann. Sollten diese Mittel wegen eines Neins zu STAF fehlen, hätten wir grösste Mühe, eine Erhöhung des Rentenalters und Rentenkürzungen zu vermeiden. Wer glaubt, dass wir diese zwei Milliarden ohnehin bekommen werden, ist leider vollkommen naiv.

Auf der Steuerseite ist die Reform notwendig – und sie ist ausgeglichen. Sie will höhere Steuern für multinationale Unternehmen und Aktionäre. Sie beseitigt die Steuerprivilegien, die den Entwicklungsländern Milliarden von Franken entzogen haben. Sie bringt die Schweiz in Einklang mit den europäischen und internationalen Regeln. Und sie läutet das Ende der Strategie der versteckten Globalisierung ein, welches von Wirtschaftskreisen und bürgerlichen Parteien seit Jahrzehnten gefördert wurde.

Um es zusammenfassend und klar zu sagen: In der institutionellen Frage sagen wir zweimal Ja zu Europa: Ja zum Rahmenabkommen und Ja zum Lohnschutz in der Schweiz. Wir werden auch im Mai zweimal Ja zu Europa sagen: Ja zur Angleichung unserer Steuersysteme und Ja zur Aufrechterhaltung von Schengen. Und wir werden alles tun, um ein Rahmenabkommen zu erhalten, welches das Lohnniveau in der Schweiz nicht gefährdet.

Camarades,

Parce que nous sommes un grand parti populaire, et parce qu'à moyen terme et quelles que soient les turbulences de l'heure, nous incarnons presque seuls les forces du progrès social, nous ne pouvons nous contenter de débattre des thèmes du moment. Nous devons fixer un cap pour les années à venir, dire ce que nous entendons faire de notre force électorale. Alors que d'autres se complaisent dans un marketing politique vide de contenu, nous devons être concrets. Nous avons fait quatre promesses dans cette campagne électorale.

Politique climatique

Prendre au sérieux le message de la jeunesse du monde, ce n'est pas répéter avec eux comme un mantra l'urgence climatique. Ces jeunes là ne font pas notre travail, et les partis qui pensent juste récupérer ce mouvement pour optimiser leur score électoral doivent en faire plus. Bien sûr, cette urgence est là, mais la répétition de scénarii plus noirs les uns que les autres sur tous les plateaux de nos médias ne permettra pas de contenir le réchauffement climatique. Et le PS a ce plan, il y travaille depuis des années, depuis ce moment où il est parvenu à convaincre le Conseil fédéral et le parlement de la nécessité de sortir du nucléaire.

Notre plan repose sur un double constat. Le premier, c'est qu'une politique climatique qui n'intègre pas des réflexions sociales n'a aucune chance de convaincre la population. On ne peut pas, par exemple, simplement imposer des mesures bureaucratiques coûteuses (par exemple la suppression de tous les chauffages à mazout) sans dire qui va les financer.

Sinon, petits propriétaires et locataires auront le sentiment – peut-être justifié – qu'ils devront porter seuls, et sans aide, ces charges. Nous venons d'en avoir la démonstration à Berne avec le rejet de la loi cantonale sur l'énergie, un rejet qui fait écho à des décisions similaires à Soleure, Neuchâtel ou encore Fribourg. À l'inverse, la loi bâloise sur l'énergie, portée par nos camarades, a facilement passé la rampe du vote populaire, parce que ce virage énergétique vers les renouvelables était financé par l'impôt. Celles et ceux qui doutent de ce lien entre la politique sociale, le pouvoir d'achat des ménages, la répartition des richesses d'un côté, et la politique climatique de l'autre, feraient bien de méditer sur l'épisode des gilets jaunes en France. Une augmentation du prix du diesel, concomitante avec la suppression de l'impôt sur la fortune a mis le feu aux poudres. Il est de notre responsabilité ici en Suisse de nous assurer que nous éviterons cet écueil, et serons assez intelligents pour intégrer les questions sociales dans notre réflexion environnementale. Nous sommes seuls à pouvoir le faire, et c'est un facteur décisif de succès pour les réformes à venir.

Le second, c'est que la politique climatique relève largement de la politique énergétique. 80 % des émissions de CO₂ en Suisse proviennent de la combustion de gaz ou de pétrole. Pour réduire ces émissions, nous devons donc nous attaquer à l'utilisation inconsidérée de ces énergies fossiles. Et nous avons un plan, précis, que nous pouvons mettre en œuvre rapidement avec un engagement politique déterminé :

Électrification de notre parc de véhicule: la promotion des transports publics est indispensable, mais ne suffira pas à réduire notre consommation de carburants. Le trafic individuel demeurera un élément incontournable de notre mobilité, du fait de notre géographie et de notre occupation du territoire. Nous devons tout mettre en œuvre pour électrifier cette mobilité individuelle dans les meilleurs délais.

Développement massif du solaire. L'abandon progressif du chauffage au mazout, l'électrification de notre mobilité et la sortie du nucléaire vont faire augmenter nos besoins en électricité. Confrontés à l'explosion des besoins électriques au sortir de la guerre, nos prédécesseurs ont massivement investi dans l'hydraulique. Nous sommes dans une situation similaire et nous avons besoin d'investissements massifs dans le solaire. Nous voulons un « plan Marshall » pour les énergies renouvelables, en particulier l'énergie solaire dont le potentiel est, en termes de volumes de production, le plus intéressant dans notre pays. En clair, nous voulons et devons produire une quarantaine de Terrawatture d'électricité supplémentaire d'ici 2050 pour réussir le pari énergétique.

Réduction des investissements dans les énergies fossiles : la Suisse peut et doit réussir sa transition énergétique nationale. Mais elle peut et doit faire plus. Comme place financière d'importance, elle joue un rôle non négligeable dans l'orientation des marchés. Et, à ce titre, l'annonce par la Banque nationale, par le fond AVS et par quelques grandes banques helvétiques qu'elles n'investiront plus dans des fonds basés sur les énergies fossiles représenterait un signal de portée mondiale. Et cette annonce serait justifiée, d'une part par la nécessaire lutte contre le réchauffement climatique, mais également par les risques financiers croissants que représentent les grandes sociétés pétrolières par exemple.

Camarades, il ne suffit pas de manifester. La mobilisation de notre jeunesse est admirable, elle m'émue, comme beaucoup ici. Mais notre responsabilité va beaucoup plus loin. Nous devons formuler un plan pour limiter nos émissions de CO₂, tout en améliorant notre qualité de vie.

Nous l'avons. Nous devons unir le souci social, notamment celui du pouvoir d'achat des familles, et l'urgence climatique. Nous savons le faire, et incarnons plus que quiconque ce souci-là.

Allègement des primes

Deuxième promesse : personne ne paiera plus de 10 % de son revenu pour des primes d'assurance-maladie. Ce n'est pas un rêve, nous l'avons déjà mis en œuvre dans le canton de Vaud et, dans une large mesure, dans les Grisons. Ce n'est pas de l'extrémisme, Flavio Cotti et Ruth Dreifuss avaient promis 8 % comme plafond, au nom du Conseil fédéral. Aujourd'hui la moyenne est à 14 %, il est donc temps de réagir. La droite majoritaire au parlement est incapable de le faire, nous passerons donc par le biais d'une initiative populaire, lancée cette semaine. Bien sûr, elle ne va pas résoudre tous les problèmes de la santé, mais elle allégera le fardeau des primes pour celles et ceux dont la situation devient, année après année, toujours plus intenable. Je vous invite du reste à participer très activement à cette récolte de signatures.

Égalité

Troisième promesse : l'égalité maintenant. Égalité dans la représentation politique, le PS est le seul parti gouvernemental à compter une majorité de femmes dans son Groupe au Conseil national. Nous sommes paritaires dans les gouvernements cantonaux et nous battons par exemple dans le canton de Vaud pour faire élire Rebecca Ruiz comme successeuse à Pierre-Yves Maillard au Conseil d'État, où elle rejoindra la socialiste Cesla Amarelle, la socialiste Nuria Goritte et la verte Béatrice Mettraux, quatre femmes pour quatre représentantes de la gauche au gouvernement, qui dit mieux ?

L'égalité, c'est également l'égalité salariale. J'en ai assez souvent parlé ici pour que toutes et tous sachent à quel point je suis choqué, qu'en 2019, nous ne parvenions pas à faire reculer ces inégalités. Nous avons, la semaine dernière, l'« *equal pay day* », en clair, le jour jusqu'auquel les femmes de notre pays avaient travaillé gratuitement, du moins en comparaison de leurs collègues masculins. Comment ne pas en faire une priorité politique ? C'est révoltant et inadmissible. Et l'égalité, c'est également défendre le respect de toute personne, femme, homme, homo ou hétérosexuel, dans la rue, au travail, dans ces loisirs. Les femmes feront grève le 14 juin. Et elles ont bien raison ! Elles ont mille raisons d'être en colère. Et nous devons dire notre solidarité, notre soutien, dire que leur combat n'est pas limité à la défense d'intérêts personnels légitimes, mais qu'il engage le modèle de société dans lequel nous entendons vivre ; et que, partant, il est le combat de notre parti tout entier. Vive la grève des femmes !

Travail pour toutes et tous

J'en viens à notre quatrième et dernière promesse électorale, celle dont nous allons débattre tout à l'heure. Que la population nous en donne les moyens politiques, et nous lancerons une vaste offensive de mise à niveau professionnelle pour les populations les plus fragiles, à commencer par les salarié-e-s les plus âgés et les migrant-e-s. L'objet est clair : chacun-e doit pouvoir être intégré-e durablement dans le marché du travail.

Voilà le cœur de nos propositions : permettre à toutes celles et ceux qui sont menacé-e-s par l'évolution technologique de suivre une véritable mise à niveau professionnelle, amener tous les jeunes à faire un apprentissage, et, pour ce faire, prendre en charge leurs frais de formation

et d'entretien durant cette période. Ce ne sont pas des coûts supplémentaires, ce sont des investissements. Tout ceci existe aujourd'hui, de manière disparate et peu coordonnée, et de phases-tests en projets pilotes, de programmes de branche en coopérations interinstitutionnelles, nous avons l'ambition de transformer ces esquisses en un programme volontariste, simple et efficace, qui permette réellement l'intégration de toutes et tous dans un marché du travail qui commence à manquer de main-d'œuvre qualifiée.

Genossinnen und Genossen,

Wir leben in interessanten Zeiten. Die Politik besteht aus Rückschlagen, aus gepackten Chancen oder aus verpassten Gelegenheiten – oder auch nicht. Und je unklarer es wird, wie sich alles entwickelt, je weniger Einfluss wir zu haben scheinen, desto wichtiger ist es, sich klare Ziele zu setzen und langfristige Visionen zu verfolgen. Überlassen wir es den Opportunisten, auf fahrende Züge aufzuspringen und folgen wir unserem Kompass. Denn wir wissen: Für wahre Fortschritte braucht es mehr als ein paar Posts in den sozialen Medien oder ein paar Klicks auf den Newsseiten.

Lasst mich diese lange Rede in drei Punkten zusammenfassen:

- JA zu Europa, JA zum Lohnschutz; Ja zu Schengen, Ja zum AHV-Steuergesetz. Diese Überzeugungen sind konkreter, solider und konstruktiver als einfach sein Fähnchen in den Wind zu hängen und nach der aktuellen Mode zu richten.
- JA zu einer verantwortungsvollen Klimapolitik, zu Elektrifizierung unserer Mobilität, zu einem «Marshall-Plan» für die Solarenergie, zu Investitionen in erneuerbare Energien. Die Empörung ist notwendig, aber sie allein reicht nicht. Wir brauchen einen Plan, und die SP setzt ihn um.
- JA zu Lohngleichheit, JA zu Chancengleichheit, JA zu einer Gesellschaft, die auf Jeden und Jede Rücksicht nimmt. Der Frauenstreik am 14. Juni geht uns alle an!
- JA zu einer Gesundheitspolitik für alle. JA zu einer Begrenzung der Krankenkassenprämien. JA zu Sparmassnahmen, die weder zu einer Rationierung noch zu einer Zwei-Klassen-Medizin führen. Die Bürgerlichen sind im Würgegriff der Lobbys und darum unfähig zu Reformen im Gesundheitsbereich. Darum ist unsere Initiative so wichtig.
- JA zur Berufsbildung, JA zu einer zweiten Chance für jene, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. JA zur Integration von jungen Migrantinnen und Migranten in die Arbeitswelt. Wir als SP garantieren den Sozialstaat, wir wachen über den Arbeitsmarkt und wir müssen dafür sorgen, dass die technologische Revolution nicht dazu führt, dass sich die Ungleichheit weiter verschärft.

Voilà, das ist unser Kompass für die nächsten vier Jahre. Das sind unsere Ziele und unsere Hoffnungen für unser Land. Wir können sie realisieren – unter einer Bedingungen: Wir müssen die Wahlen gewinnen! So wie wir die Wahlen in den allermeisten Kantonen gewonnen haben, und so wie wir nächsten Monat die Wahlen in Zürich, in Luzern, in Baselland und im Tessin gewinnen werden. Lasst uns alle Energie in diesen Wahlkampf legen! Nach vier verlorenen Jahren müssen wir dafür sorgen, dass Fortschritte wieder möglich sind. Wir müssen die Logik in Bern kehren: Vom Rückschritt zum Fortschritt; vom Konservativen zur Zukunft. Wir müssen

dafür sorgen, dass wieder die Bedürfnisse der Menschen im Zentrum stehen – und nicht die politischen Spielchen wie in den letzten Wochen.

Darum, meine Freunde, auf geht's! Egal wo: Auf der Strasse, im Café, am Arbeitsplatz, im Fussballclub, an der Haustür oder am Telefon – sprechen wir mit den Menschen über unsere Ideen und ihre Bedürfnisse. Alle gemeinsam, mit unserer Vielfalt, werden wir die Wahlen gewinnen! Schon jetzt: Ein grosses Dankeschön für eure Unterstützung!